

Vereinigtes Königreich

Bedeutender Absatzmarkt
in unmittelbarer Nähe

AUSGABE 2021

Der Brexit ist vollzogen. Am 1. Januar 2021 hat das Vereinigte Königreich den europäischen Binnenmarkt und die Zollunion verlassen. Mit dem Austritt ist das neue Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union (EU) und dem Vereinigten Königreich in Kraft getreten.

Das Abkommen ermöglicht einen zoll- und quotenfreien Warenhandel zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich. Dennoch entstehen neue Hürden. Ob Zollformalitäten, nichttarifäre Handelshemmnisse oder eine restriktivere Dienstleistungserbringung – der britische Markt ist nach dem EU-Austritt nicht mehr so reibungslos zu bedienen. Forderungen nach Anpassungen wurden bereits in den ersten 100 Tagen des Abkommens laut.

Wie hart der Brexit die britische Wirtschaft mittel- bis langfristig treffen wird, ist noch unklar. Das Abkommen schwächt den ökonomischen Schock zwar ab. Über die nächsten 15 Jahre dürfte der Verlust aber bei 4 Prozent des britischen Bruttoinlandsprodukts liegen.

Klar ist, dass der Brexit die Erholung der Wirtschaft von der Coronakrise weiter verzögern wird. Trotz umfassender staatlicher Fördermaßnahmen und einer beispiellosen Impfkampagne wird das Vorkrisenniveau frühestens im 2. Quartal 2022 erreicht werden.

Spannende Zeiten stehen bevor

Nach 47 Jahren EU-Mitgliedschaft will sich das Vereinigte Königreich mit einer unabhängigen Handelspolitik als zukunfts- und wettbewerbsfähiger Standort neu positionieren. Doch aller Veränderungen zum Trotz: Als wichtigster britischer Handelspartner wird Deutschland auch in Zukunft eine große Rolle spielen.

→ Aktuelle Informationen zum Brexit:
www.gtai.de/brexit

Zahlen und Fakten



Platz 1

Deutschland ist das wichtigste Lieferland der Briten.

40 Prozent

der britischen Pkw-Importe stammen aus Deutschland.

34 Prozent

Steigerung britischer Firmengründungen in Deutschland seit dem Brexit-Referendum.

23 Prozent

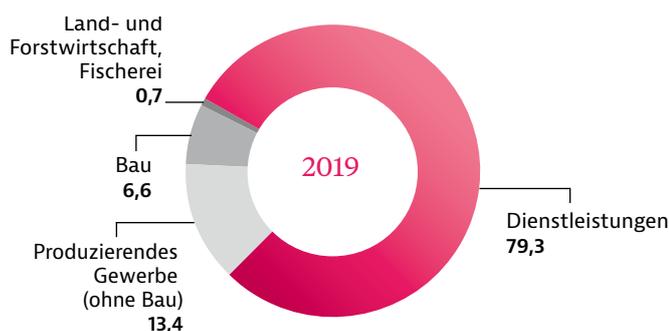
des britischen Bruttoinlandsprodukts wurden 2017 in London erwirtschaftet.

Wirtschaftlicher Neustart nach dem Brexit

Die britische Wirtschaft wird sich nach dem Brexit- und Coronaschock langsamer erholen als andere Länder. Der Ausblick für 2021 bleibt verhalten. Die Wirtschaft zählt aber nicht nur Verlierer. Einige Branchen schlagen sich in der Krise gut.

Mit dem Handelsabkommen beginnt eine neue Ära für die britische Wirtschaft. „Der 31. Dezember um 23 Uhr markiert einen Neuanfang in der Geschichte unseres Landes und den Start einer neuen Beziehung zur EU als ihrem größten Verbündeten“, so Premierminister Boris Johnson nach der Verabschiedung des Brexit-Deals auf britischer Seite. Ziel sei es jetzt, diesen historischen Moment für die langfristige Stärkung der britischen Wirtschaft zu nutzen.

Dienstleistungssektor ist Zugferd der Wirtschaft
Anteile an der britischen Bruttowertschöpfung in Prozent*



* gerundete Werte

Quelle: Office for National Statistics

Investitionsklima verbessert sich

Trotz der kurzfristigen negativen Auswirkungen des EU-Austritts beseitigt das Abkommen die Unsicherheiten, die auch die Investitionen auf der britischen Insel seit dem Referendum gehemmt haben. Zu erwarten ist, dass sich der brexitbedingte Investitionsstau nach und nach auflösen wird. Vor allem bei den Ausrüstungsinvestitionen gibt es erheblichen Nachholbedarf, allen voran für Industrie 4.0-Lösungen.

Die britische Regierung steuert mit massiven Fördermaßnahmen gegen die Folgen der Coronakrise. Im Vordergrund stehen staatliche Investitionen in den Bereichen Gesundheitswirtschaft und in der Klima- und Energiepolitik. Auch im Infrastrukturbereich wird investiert. Der Tiefbau wird durch viele Großprojekte beflügelt. Der Startschuss für den Bau des ersten Teils des größten europäischen Tiefbauprojekts, der Schienenschnellverbindung HS2, ist im September 2020 gefallen. Bis 2033 soll das Projekt abgeschlossen sein.

Gesundheitssystem erwartet Geldregen

Die Coronakrise hat die Schwachstellen des britischen Gesundheitswesens aufgezeigt. Mit milliardenschweren Investitionen stemmt sich die britische Regierung nun gegen den weiteren Verfall des desolaten Gesundheitssystems. Neben einer Modernisierungs- und Neubauoffensive von 40 Krankenhäusern wird die Digitalisierung des Gesundheitswesens vorangetrieben. Auch die Pharmaindustrie geht als Gewinner aus der Coronakrise. Die britische Insel hat trotz Brexit ihren Ruf als exzellenten Forschungsstandort bewahrt. So kündigte die US-Pharmagruppe Merck erst

Schnellcheck: Quo vadis Vereinigtes Königreich?

Wie steht es um die britische Wirtschaft?

Die wichtigsten Kennzahlen zur britischen Wirtschaft fasst die Publikation Wirtschaftsdaten kompakt zusammen.

→ Mehr zum Thema:
www.gtai.de/wirtschaftsdaten

Was beschäftigt die Insel aktuell bei der Digitalisierung?

Das Vereinigte Königreich gehört zu den am stärksten digitalisiertesten Ländern Europas.

Der Bedarf an digitalen Lösungen im Gesundheitssystem bleibt jedoch hoch.

→ Mehr zum Thema Digitalisierung:
www.gtai.de/wirtschaft-digital

Geht der Ausbau erneuerbarer Energien voran?

Die britische Regierung will das Land zum „Saudi-Arabien der Windkraft“ machen.

Dazu sollen die Offshorekapazitäten bis 2030 vervierfacht werden.

→ Mehr zum Thema Energiewirtschaft:
www.gtai.de/energie

Mitte 2020 Investitionen in einen Research Hub in Höhe von 1 Milliarde Pfund Sterling an.

Schadensbegrenzung für Autobauer

Das Abkommen hat einen Totalschaden der britischen Kfz-Industrie abgewendet. Die auf beiden Seiten des Ärmelkanals eng verflochtene Branche profitiert von einer Sonderregelung im britisch-europäischen Abkommen. Danach ist die Ursprungsregel so angepasst, dass auch Elektrofahrzeuge zollfrei exportiert werden können, wenn ein hoher Wertanteil, bedingt durch die Batterie, aus Asien stammt. Dieser Vorteil entfällt allerdings ab 2026. Nissan und Britishvolt haben bereits eigene Batterieprojekte angekündigt. Weitere Vorhaben dürften folgen, um die nationale Batterieproduktion aufzubauen und die Industrie auf der britischen Insel zu halten. Denn ab 2030 sollen keine Fahrzeuge mit reinem Diesel- oder Benzinantrieb mehr verkauft werden.

Vorreiter bei Offshorewindenergie

Die britische Regierung richtet nicht nur die diesjährige Klimakonferenz (COP26) der Vereinten Nationen im schottischen Glasgow aus, sondern hat sich auch ehrgeizige energie- und klimapolitische Ziele gesetzt. Bis 2050 sollen die Nettoneuemissionen auf null gesenkt werden. Mit einem Zehn-Punkte-Plan will Premierminister Boris Johnson eine „Green Industrial Revolution“ anstoßen. Hierfür verspricht er milliardenschwere Investitionen in die Energiewirtschaft.

Nationaler Hoffnungsträger bleibt die Windkraft, die bereits jetzt fast 20 Prozent des Strommix ausmacht. Bis 2030 sollen die britischen Offshorekapazitäten vervierfacht werden. Perspektivisch dürfte auch die Produktion von grünem Wasserstoff mit steigender Windkraftkapazität zunehmen. Erste, auch staatlich geförderte Pilotprojekte wie das Dolphyn-Projekt im schottischen Aberdeen laufen bereits. Sorgen bereiten dürften deutschen Anbietern aber die drohenden Local Content-Vorschriften bei öffentlich geförderten Windenergieprojekten.

Wirtschaftsprognosen Vereinigtes Königreich

Reales Wachstum in Prozent

Indikator	2020 *	2021 *
Bruttoinlandsprodukt	-9,9	4,0
Privater Konsum	-11,0	2,9
Staatlicher Konsum	-5,7	12,0
Unternehmensinvestitionen	-10,7	-2,2
Import von Waren und Dienstleistungen	-18,1	12,5

* Schätzung beziehungsweise Prognose

Quelle: Office for Budget Responsibility

Hauptstadt bleibt Technologiemekka

Keine Brexit-Verunsicherung haben sich die Londoner Technologieunternehmen in den vergangenen Jahren anmerken lassen. Seit 2016 ist die Hauptstadt das am zweitschnellsten wachsende Technologieökosystem der Welt. Das zeigt auch die Beschaffung von Wagniskapital. Im europäischen Vergleich zogen Londoner Firmen 2019 mit rund 10,5 Milliarden Pfund Sterling ein Viertel aller EU-Risikokapitalinvestitionen an. Damit ist London die einzige europäische Stadt unter den weltweiten Top 10.

Experten zu Dos and Don'ts



Verständnis zeigen

„Deutscher Klartext wird zwar geschätzt. Wichtiger sind britischen Geschäftspartnern jedoch Sach- und Detailkenntnis, aber auch Verständnis, Einfühlungsvermögen und Pragmatismus. Gerade letzterem kommt in Post-Brexit-Zeiten besondere Bedeutung zu.“

Oliver Schramm

Leiter der Wirtschaftsabteilung,
Deutsche Botschaft London



Blick nach vorne

„Die Konturen der künftigen Wirtschaftsbeziehungen zeichnen sich bereits ab. Jetzt gilt es, praktische Herausforderungen wie Zollabwicklung und grenzüberschreitende Dienstleistungserbringung zu meistern. Vermeiden Sie Hinweise auf die Zeit vor dem Brexit.“

Ina Redemann

Stellvertretende Hauptgeschäftsführerin, Deutsch-Britische
Industrie- und Handelskammer



Visumpflicht überprüfen

„Trotz der allgemeinen Freude über das Freihandelsabkommen gibt es noch zahlreiche Lücken, die das Geschäft auf der Insel erschweren. Reisen Sie auf keinen Fall auf die britische Insel ein, ohne vorab die Visumsfrage geklärt zu haben. Das betrifft vor allem Geschäftsreisen.“

Marc Lehnfeld

Director Vereinigtes Königreich,
Germany Trade & Invest

Starke Partnerschaft

Die neue Zollgrenze zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU erschwert den Marktzugang für deutsche Unternehmen. Trotz Handelshürden sollten Unternehmen einen Blick auf den Markt wagen.

Deutschland und das Vereinigte Königreich verbindet eine enge Handelspartnerschaft. Im Jahr 2020 exportierten deutsche Unternehmen Waren im Wert von rund 79 Milliarden Euro auf die britische Insel. Für Deutschland ist das Vereinigte Königreich der achtwichtigste Handelspartner weltweit.

Als drittgrößter Absatzmarkt in Europa mit einer konsumfreudigen Bevölkerung bietet das Vereinigte Königreich gute Absatzchancen für deutsche Unternehmen. Zwar kann es in Folge der neuen Zollgrenze im 1. Halbjahr 2021 zu Reibungen und Störungen im Handel kommen. Made in Germany steht auf der britischen Insel aber auch nach dem Brexit für Qualität, Sicherheit, Genauigkeit, Langlebigkeit und Effizienz.

Stärken

- Drittgrößter europäischer Absatzmarkt mit 67 Millionen Verbrauchern
- Große Offenheit für neue Produkte
- Geringe Sprachbarriere durch Weltsprache Englisch
- Weltweit bedeutender Standort für Start-ups
- Niedrige Unternehmensbesteuerung und unternehmerfreundliche Geschäftsbedingungen

Schwächen

- Hohe Einkommensdifferenzen
- Infrastrukturmängel
- Starke Abhängigkeit von Konsum und Importen
- Hohe Produktionskosten, geringe Produktivität
- Neue Zollgrenze erschwert Marktzugang insbesondere für Mittelständler und Dienstleister

Chancen

- Staatliche Investitionen in Infrastrukturprojekte, Regionalförderung und Gesundheitswirtschaft
- Ambitionierte Energie- und Klimapolitik
- Brücke zu anderen Commonwealth-Märkten und neue Freihandelsabkommen

Risiken

- Wirtschaftspolitische Ausrichtung nach Brexit im internationalen Standortwettbewerb unklar
- Einwanderungsgesetz verschärft Fachkräftemangel
- Volatiler Wechselkurs
- Hohe Verschuldung bei Staat, Haushalten und Unternehmen
- Niedriges Niveau der Unternehmensinvestitionen

Quelle: Germany Trade & Invest

Bleiben Sie auf dem Laufenden



Besuchen Sie uns unter
www.gtai.de/vk



Ihre Ansprechpartnerin
charlotte.hoffmann@gtai.de



Abonnieren Sie unseren Newsletter
zum Vereinigten Königreich (VK):
www.gtai.de/newsletter-vk



Aktuelle Neuigkeiten zum VK erhalten
Sie auch auf Twitter: @GTAI_London

Impressum

Herausgeber:

Germany Trade and Invest
Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH
Villemombler Straße 76, 53123 Bonn
T +49 228 249 93-0, info@gtai.de, www.gtai.de

Hauptsitz: Friedrichstraße 60, 10117 Berlin

Autorin: Charlotte Hoffmann, T +49 228 249 93-279

Redaktion: Edda vom Dorp

Redaktionsschluss: März 2021

Druck: Kern GmbH, 66450 Bexbach, www.kerndruck.de

Bildnachweise: S.1: GettyImages/rabbit75_ist; S.3: Schramm/privat; Redemann/Frank Noon Photography; Lehnfeld/Portraits: GTAI/Studio Prokopy

Rechtlicher Hinweis: ©Germany Trade & Invest
Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

Bestellnummer: 21260

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages